



Straßenausbaubeiträge sind nun Geschichte in Thüringen

1991 gesetzlich eingeführt, 2019 gesetzlich abgeschafft und nun zum 31.12.2022 endlich Geschichte. Die Straßenausbaubeiträge in Thüringen haben viel politischen Ärger verursacht, tatsächlich den Kommunen kaum Einnahmen gebracht und wurden deshalb in Thüringen, aber auch in anderen Bundesländern, wieder abgeschafft.

Doch es hat fast 30 Jahre gedauert und Einzelprobleme gibt es noch immer.

Abschaffung 2019 war eine „schwere Geburt“

Die gesetzliche Abschaffung dieser Beiträge im September 2019 war eine „schwere Geburt“ nach 25 Jahren erbitterter politischer Auseinandersetzung im Thüringer Landtag und in den Kommunen. Einige politische Parteien haben in all den Jahren an ihren Positionen festgehalten, andere haben sie geändert. Die meisten Kommunen haben widerwillig die Beiträge eingetrieben aber kaum an deren Abschaffung aktiv mitgewirkt.

Bereits wenige Jahre nach der gesetzlichen Einführung hat sich gezeigt, dass diese Form der Mitfinanzierung von kommunalen Verkehrsanlagen durch die Grundstücksanlieger nicht mehr zeitgemäß war und ist. Auf Akzeptanz sind sie bei den Betroffenen nie gestoßen.

Seit 1994 hat der Thüringer Gesetzgeber immer wieder versucht, die Straßenausbaubeiträge zu reformieren. Doch jeder Reformversucht hat mehr neue Probleme verursacht.

Kaum relevante Einnahmen durch Straßenausbaubeiträge

Tatsächlich hilfreiche und notwendige Einnahmen konnten die Städte und Gemeinden durch die Erhebung der Straßenausbaubeiträge auch nicht erzielen.

Durchschnittlich 15 Mio. EUR haben die Thüringer Kommunen über diese Beiträge eingenommen, mussten aber für das gesamte Erhebungsverfahren, einschließlich der Bearbeitung der Vielzahl der Widersprüche und Klagen, geschätzt im Jahr zwischen 7 und 8 Mio. EUR ausgeben.

Was übrig blieb, machte bei rund 6 Mrd. EUR Gesamteinnahmen der Thüringer Kommunen, nur noch 0,1 Prozent aus.

Die betroffenen Grundstückseigentümer hingegen sahen sich oftmals Beitragsforderungen in Höhe von mehreren Tausend DM und später EUR konfrontiert.

Was den Protest besonders genährt hat, war die rückwirkende Erhebung der Beiträge. D.h., erst haben die Kommunen Verkehrsanlagen grundhaft ausgebaut und erst Jahre später geklärt, dass die Anlieger dafür auch Beiträge zahlen müssen.

CDU und SPD waren zunächst Verfechter der Straßenausbaubeiträge, LINKE und Grüne sprachen sich immer wieder für deren gesetzliche Abschaffung aus.

Kampf der Bürgerinitiativen

Bis zu 265 Bürgerinitiativen stritten seit 1995 in Thüringen für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Bis 2014 tat sich da aber nicht, weil CDU und SPD konsequent einer Abschaffungsdebatte verweigerten und auch der Thüringer Gemeinde- und Städtebund für die Beibehaltung war.

Neue Hoffnung nach Regierungswechsel 2014

Mit dem Regierungswechsel zu Rot-Rot-Grün gab es neue Hoffnung bei den Bürgerinitiativen und den betroffenen Grundstückseigentümern. Umso ernüchtert waren die Leute, als LINKE, SPD und Grüne Ende 2014 ihren Koalitionsvertrag präsentierten. Über die gesetzliche Abschaffung gab es da keinen Passus. Nur ein Auftrag, Modelle aus anderen Bundesländern auf ihre Anwendung in Thüringen hin zu prüfen, fand sich im Koalitionsvertrag. Die SPD hatte ein Mehr verhindert.

2017 gab es dann überraschend doch Bewegung in der Sache. Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Bayern kündigten an, die Straßenausbaubeiträge abschaffen zu wollen. In weiteren Bundesländern wurde die Pflicht zur Erhebung in das Ermessen der Kommunen gestellt.



Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Nun gab auch endlich die SPD ihre dogmatische Haltung auf und stimmte der gesetzlichen Abschaffung der Beiträge zu, jedoch mit einigen bürokratischen Hürden, die heute noch nachwirken.

Ganz „revolutionär“ gab sich plötzlich die CDU. Die Partei, die bisher am konsequentesten an den Straßenausbaubeiträgen festhielt, wollte diese nun rückwirkend bis 1991 abschaffen und die bereits rund 400 Mio. EUR gezahlten Straßenausbaubeiträgen an die Grundstückseigentümer zurückzahlen. Na gut, es war 2019 und vor der Landtagswahl. Was wird nicht alles vor den Wahlen versprochen.

Landtag beschließt 2019 die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Im September 2019 beschloss der Landtag mit der Mehrheit von LINKE, SPD und Grüne, die Straßenausbaubeiträge zu 1. Januar 2019 abzuschaffen.

Auf Druck der SPD wurde aber auch beschlossen, dass für die Jahre 2015 bis 2018 bis Ende 2022 noch Straßenausbaubeiträge nach dem alten Recht zu erheben sind.

Bis heute ist nicht abschließend geklärt, weshalb die SPD auf eine solche „Übergangsregelung“ bestand, die erneut für Proteste in den Kommunen gesorgt hat.

Es wird spekuliert, dass die SPD hoffte, dass die Kommunen diesen „politischen Eiertanz“ nicht mitmachen und am kommunalen Widerstand die gesetzliche Abschaffung der Straßenausbaubeiträge doch noch scheidert. Andererseits stimmt zugleich die SPD im Landtag einem Entschließungsantrag zu, wonach ein Härtefallfonds für die noch zu erhebenden Straßenausbaubeiträge geprüft werden sollte. Widersprüchlicher kann Politik eigentlich kaum noch sein.

Beitragsabschaffung als Erfolg

Manche Spekulationen der Kritiker der Beitragsabschaffung haben sich zwischenzeitlich in Luft aufgelöst. Der befürchtete Zusammenbruch bei der Sanierung von kommunalen Verkehrsanlagen blieb aus und die Kommunen sind wegen der fehlenden Beitragseinnahmen auch nicht in finanzielle Schieflage geraten. Diese Befürchtung war auch deshalb unbegründet, weil das Land den Kommunen die Einnahmeausfälle aus dem Wegfall der Beiträge erstattet und erstattet.

Kein Härtefallfonds

Der zu prüfende Härtefallfonds für noch zu zahlende Beiträge aus den Jahren 2015 bis 2018 ist nicht zustande gekommen. Hier hat sich zunächst die SPD mit ihrer Verhinderungspolitik gegen LINKE und Grüne durchgesetzt.

Doch auch die CDU muss sich hier in Mithaftung nehmen lassen. Wollte die CDU vor der Landtagswahl 2019 die Beiträge noch abschaffen und bereits gezahlten Beiträge vollständig zurückzahlen, so hat sie sich nach der Landtagswahl einem Härtefallfonds für die Jahre 2015 bis 2018 vollständig verweigert.

Ob sich die Wählerschaft bei der nächsten Landtagswahl an diese gebrochene CDU-Wahlzusage erinnert?

Seit 31.12.2022 ist nun endgültig Schluss

Mit dem 31.12.2022 ist nun endgültig Schluss mit der Erhebung der Straßenausbaubeiträge in Thüringen. In Einzelfällen wird noch gestritten und offenen ist auch noch eine Landtagspetition für den Härtefallfonds.

Die Arbeit der Bürgerinitiativen unter dem Dach der Thüringer Bürgerallianz für sozial-gerechte Kommunalabgaben hat sich gelohnt und war erfolgreich. Letztlich kann auch die LINKE die gesetzliche Abschaffung der Straßenausbaubeiträge als politischen Erfolg verbuchen.

Gerade im Bereich der Kommunalabgaben hat sich gezeigt, dass Proteste und Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern durchaus zu Veränderungen führen. Dies stimmt gerade in der gegenwärtigen Zeit optimistisch.

Frank Kuschel

MdL aD

Vorsitzender Thüringer Bürgerallianz für sozial-gerechte Kommunalabgaben

Thüringer Landesbeauftragter des Verbandes deutscher Grundstücksnutzer (VDGN)